

Bundesland

Steiermark

Titel

Gesetz vom 18. September 2007 über die Bestellung von Aufsichtsorganen
(Steiermärkisches Aufsichtsorgangesetz - StAOG)

Stammfassung: LGBl. Nr. 95/2007 (XV. GPSLT RV EZ 1497/1 AB EZ 1497/4)

Text

Der Landtag Steiermark hat beschlossen:

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Aufsichtsorgane

- (1) Aufsichtsorgane im Sinne dieses Gesetzes sind Personen, die Überwachungstätigkeiten ausüben und nach den Bestimmungen dieses Gesetzes hierzu bestellt sind.
- (2) Aufsichtsorgane können - abgesehen vom Abschnitt 2 - nur bestellt werden, wenn in Landes oder Bundesgesetzen die Überwachung durch besondere Organe vorgesehen ist.
- (3) Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten nur insoweit, als nicht andere Landesgesetze abweichende Regelungen enthalten.

§ 2

Bestellung

- (1) Aufsichtsorgane sind mit Bescheid zu bestellen. Es dürfen nur Personen bestellt werden, die die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen erfüllen und ihrer Bestellung zustimmen.
- (2) Im Bestellungsbescheid ist der Aufgabenbereich des Aufsichtsorgans festzulegen.
- (3) Die Bestellung erfolgt grundsätzlich unbefristet; eine befristete oder bedingte Bestellung ist aus wichtigen Gründen zulässig.

§ 3

Persönliche Voraussetzungen

- (1) Die persönlichen Voraussetzungen sind:
 1. österreichische Staatsbürgerschaft,
 2. Volljährigkeit,
 3. Vertrauenswürdigkeit und
 4. körperliche und geistige Eignung.
- (2) Als vertrauenswürdig gilt jedenfalls nicht, wer
 1. wegen strafbarer Handlungen zu einer mehr als sechsmonatigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt wurde oder
 2. mindestens zweimal wegen Übertretung strafrechtlicher oder verwaltungsrechtlicher Bestimmungen, deren Übertretung mit der Tätigkeit des künftigen Aufsichtsorgans unvereinbar ist, rechtskräftig bestraft wurde.

§ 4

Fachliche Voraussetzungen

- (1) Die fachlichen Voraussetzungen sind:
1. die praktischen und theoretischen Kenntnisse des in Frage kommenden Fachgebietes, die zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben erforderlich sind, und
 2. die Kenntnis der Befugnisse und Pflichten eines Aufsichtsorgans.
- (2) Die erforderlichen praktischen und theoretischen Kenntnisse für den jeweiligen Aufgabenbereich sowie die Art des Nachweises werden durch die jeweiligen materienrechtlichen Vorschriften festgelegt.
- (3) Die Kenntnis der Befugnisse und Pflichten ist der Behörde anlässlich einer Befragung nachzuweisen.

§ 5

Angelobung

- (1) Das bestellte Aufsichtsorgan hat vor der Behörde die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben zu geloben.
- (2) Bei Personen, die bereits als Aufsichtsorgan angelobt worden sind, genügt die Erinnerung an ihre Angelobung.

§ 6

Dienstabzeichen und Dienstaussweis

- (1) Die Behörde hat dem Aufsichtsorgan unmittelbar nach der Angelobung das Dienstabzeichen und den Dienstaussweis auszufolgen.
- (2) Das Dienstabzeichen hat zumindest die Funktion als Aufsichtsorgan ersichtlich zu machen. Näheres kann durch Verordnung festgelegt werden.
- (3) Der Dienstaussweis hat jedenfalls folgende Angaben zu enthalten:
1. die Bezeichnung als Dienstaussweis und dessen Nummer,
 2. die Bezeichnung der ausstellenden Behörde,
 3. den Vor und Zunamen, das Geburtsdatum und ein Lichtbild des Aufsichtsorgans,
 4. den sachlichen und örtlichen Aufgabenbereich,
 5. das Datum der Bestellung.
- (4) Das Aufsichtsorgan hat bei Ausübung seines Dienstes das Dienstabzeichen sichtbar zu tragen und den Dienstaussweis mitzuführen. Der Dienstaussweis ist auf Verlangen der/des Betretenen vorzuweisen.
- (5) Das Aufsichtsorgan hat der Behörde jede Änderung des Namens unverzüglich mitzuteilen und gleichzeitig den Dienstaussweis zur Änderung vorzulegen. Ebenso ist der Verlust des Dienstaussweises oder Dienstabzeichens der Behörde zu melden.
- (6) Das Dienstabzeichen und der Dienstaussweis sind der Behörde zurückzugeben, wenn die Funktion beendet ist.

§ 7

Befugnisse von landesgesetzlich vorgesehenen Aufsichtsorganen

- (1) Aufsichtsorgane haben die Befugnis zur Mitwirkung an der Vollziehung der Verwaltungsvorschriften durch
1. Vorbeugemaßnahmen gegen drohende Verwaltungsübertretungen,
 2. Maßnahmen, die für die Einleitung von Verwaltungsstrafverfahren erforderlich sind, insbesondere die Anhaltung von Personen zum Zweck der Feststellung ihrer Identität und Erstattung von Anzeigen.
- (2) Aufsichtsorgane haben nach Maßgabe des VStG zusätzlich folgende Befugnisse:
1. Aussprechen von Ermahnungen gemäß § 21 Abs. 2 VStG;
 2. Beschlagnahme von Gegenständen gemäß § 39 Abs. 2 VStG;
 3. Ausstellung von Organstrafverfügungen gemäß § 50 VStG nach Ermächtigung durch die Verwaltungsstrafbehörde.
- (3) Die Gesetze, die die Überwachung durch Aufsichtsorgane vorsehen, können deren Befugnisse einschränken oder erweitern.
- (4) Aufsichtsorgane sind bei Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit an die Weisungen jener Behörden gebunden, für die sie jeweils tätig sind.
- (5) Aufsichtsorgane unterliegen der Amtsverschwiegenheit nach Artikel 20 Abs. 3 B VG.

(6) Aufsichtsorgane sind in Ausübung ihres Dienstes Beamte im Sinne des § 74 StGB.

§ 8

Beendigung und Abberufung

(1) Die Funktion als Aufsichtsorgan endet durch

1. Tod,
2. Zurücklegung,
3. Zeitablauf bei befristeter Bestellung,
4. Eintritt einer auflösenden Bedingung oder
5. Abberufung.

(2) Die Abberufung ist mit Bescheid auszusprechen, wenn

1. die Unterstützung der Behörde durch das Aufsichtsorgan nicht mehr erforderlich ist,
2. eine der persönlichen Voraussetzungen für die Bestellung wegfällt oder ihr Fehlen nachträglich bekannt wird,
3. das Aufsichtsorgan gröblich oder wiederholt gegen seine Pflichten verstößt oder ein mit der Stellung als Organ der öffentlichen Aufsicht unvereinbares Verhalten gezeigt hat,
4. eine der Organtätigkeit zugrunde liegende privatrechtliche Vereinbarung des Organs mit einem Dritten aufgelöst wird oder
5. die/der Antragsberechtigte ihren/seinen Antrag auf Bestellung widerruft.

Abschnitt 2

Besondere Bestimmungen für die Überwachung von ortspolizeilichen Verordnungen

§ 9

Bestellung und Aufgaben der Aufsichtsorgane

(1) Auf Grund dieses Gesetzes können auf Antrag einer Gemeinde Aufsichtsorgane bestellt werden. Diese Aufsichtsorgane haben die Aufgabe, Übertretungen der Gebote und Verbote ortspolizeilicher Verordnungen zu verfolgen.

(2) Aufsichtsorgane dürfen nur für den räumlichen Bereich jener Gemeinde bestellt werden, die den Antrag stellt.

(3) Fachliche Voraussetzung gemäß § 4 Abs. 1 Z. 1 ist die Kenntnis der jeweils maßgeblichen ortspolizeilichen Verordnungen der Gemeinde, in der die Tätigkeit ausgeübt werden soll. Der Nachweis der Kenntnisse ist der Behörde anlässlich einer Befragung nachzuweisen.

Abschnitt 3

Schlussbestimmungen

§ 10

Eigener Wirkungsbereich der Gemeinde

Die in diesem Gesetz geregelten Angelegenheiten der Gemeinde sind solche des eigenen Wirkungsbereiches.

§ 11

Behörden

(1) Behörde ist die Bezirksverwaltungsbehörde, sofern landesgesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(2) Strafbehörde ist die Bezirksverwaltungsbehörde.

§ 12

Strafbestimmungen

(1) Wer

1. ein Dienstabzeichen oder einen Dienstausweis eines Aufsichtsorgans unbefugt oder missbräuchlich führt oder verwendet oder
 2. die Anordnungen eines Aufsichtsorgans nicht befolgt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit Geldstrafe bis zu 2500 Euro zu bestrafen.
- (2) Die Tat ist nicht zu bestrafen, wenn sie den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet.
- (3) Unbefugt oder missbräuchlich geführte oder verwendete Ausweise oder Abzeichen, die der Verwaltungsübertretung nach Abs. 1 Z. 1 zugrunde liegen, sind für verfallen zu erklären.

§ 13

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 29. November 2007, in Kraft.